



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XX/267 - 19. November, 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 34831-33

Fernschreiber 0206890

Hinweise

auf den Inhalt:

Abüstungsvorstoß und Atomboombenversuch	S. 1
UNO in Umbildung	S. 4
Alfred Nau fünfzig Jahre	S. 7
Der Kanzler und die Koexistenz	S. 9

Chance und Risiko

sp. Das politische Fassungsvermögen unzähliger Menschen in aller Welt wird in diesen Wochen bis an die äusserste Grenze strapaziert. Friedensteteuerungen und Kriegshandlungen zu gleicher Zeit und aus den gleichen Gründe sind zu einer Erscheinung in beiden bewaffneten Lagern im Osten wie im Westen geworden. Sie hat Argwohn und Skepsis gegenüber allen Versicherungen des guten Willens gefährlich ansteigen lassen. Die für jede internationale Herdrehung um Ausgleich der Gegensätze notwendige Vertrauensgrundlage ist so achmal geworden, wie sie lange nicht mehr war, zumindest im Bewusstsein der breiten Bevölkerungsschichten. Aber auch die Führungskreise müssen wie dröhen wissen, wie unendlich schweren Schäden die Sache des Friedens und einer vernünftigen Zusammenarbeit auch gegensätzlicher Kräfte genommen hat.

In Ungarn rauchen noch an unzähligen Stellen die Prükner eines Kampfes, wie er so erbittert, grausam und unmenschlich seit dem Ende des Krieges auf europäischen Boden nicht mehr geführt worden ist. Militärisch ist dieser Kampf so gut wie zu Ende, politisch geht das Ringen erstweilen weiter. Noch fahren von Überall her Hilfszüge des internationalen Roten Kreuzes über die ungarische Grenze, um wenigstens etwas Linderung der furchtbaren Not zu bringen, noch ist fast in der ganzen Welt die Empörung über die Brutalität der Macht legendig, die Ungarn niederschlug, über die Sowjetunion, sie eben von Moskau aus ein neuer Vorschlag zur Abüstungsfrage erfolgte in Form von Noten an die westlichen Regierungen und mit konkreten Angaben, als sei in der Zwischenzeit nichts oder wenig geschehen, und zur gleichen Stunde

kommt die Meldung von einem neuen grossen Atombombenversuch.

Dieser russische Vorstoss hat eine allgemeine politische und eine militärische Seite. Immerhin ist festzustellen, dass die sowjetischen Anregungen, unabhängig davon, wie ernst sie gemeint sind, weitergehen als manche früheren Vorschläge, dass sie sich in einigen nicht unwesentlichen Punkten westlichen Vorstellungen nähern, wie sie in der Zeit der letzten grossen Versuche zu einem Abrüstungs-Akkord zu kommen, entwickelt worden sind. Das gilt vor allem für ein gewisses Eingehen auf die berühmten Eisenhower'schen Vorschläge für eine wechselseitige Luftinspektion. Es wird Sache der Sachverständigen sei, solche Vorschläge einer gründlichen Analyse zu unterwerfen und zu sehen, wie man nun eventuell einige Schritte weiterkommen kann. Die Forderung nach sorgfältiger Prüfung der Note wird deshalb auch überall von den ernstzunehmenden politischen Kreisen erhoben.

Wichtiger erscheint im Augenblick die politische Seite der Angelegenheit. Manche Beobachter in In- und Auslande sprechen von der Möglichkeit, die Sowjetunion wolle mit diesem Schritt in erster Linie von den Ereignissen in Ungarn und ihrer dort aufgehäuften Schuld ablenken. Das mag sicher mitsprechen. Andererseits werden sich die kühlen Rechner im Kroml wohl sagen, dass sie so billig und schnell ihren Rückfall in den schlimmsten Stalinismus nicht werden vergessen machen können. Immerhin ist es alte Moskauer Schule, über bittere Erfahrungen und schwere Prestigeverluste mit eiserner Stirn hinwegzugehen und wenigstens nach aussen hin zu tun, als wäre nichts gewesen. Es wird unzählige Menschen geben, die ein solches Verhalten zynisch nennen und aufs schärfste verurteilen, die aber damit die Mentalität der sowjetischen Führung nicht ändern werden.

Eine erste sozialdemokratische Stellungnahme zur russischen Note sprach von der Notwendigkeit, ihre Möglichkeiten und ihre Gefahren genau zu untersuchen. Damit war die Möglichkeit eines ernstern

Fortschritte in der Abrüstungsfrage und einer Wiederaufnahme der unterbrochenen internationalen Entspannungskampagne gemeint und auf der anderen Seite die Gefahr einer sowjetischen Täuschungsabsicht. Durch ihr Verhalten unmittelbar vor dem 4. November, dem Tag, an dem der schwerste Schlag gegen Ungarn geführt wurde, haben die Sowjets jedenfalls das Recht verwirkt, sich über eine solche Deutung ihres neuesten Schrittes zu beschweren. Andererseits ist es sehr wahrscheinlich, dass die Russen ernstes Wort darauf legen, die schwere moralische Niederlage, die sie im Weltbewusstsein erlitten haben, wenigstens einigermaßen wiedergutzumachen. Obwohl sie Ungarn auf ihr Schuldkonto genommen haben - oder vielleicht glaubten nehmen zu müssen - sind die Tage vorbei, an denen ihnen die Meinung der Welt völlig gleichgültig war.

Man wird also im besten, so schwer es sein und so widerspruchsvoll es empfunden werden mag, gleichzeitig mit Argwohn und mit gutem Willen an die Prüfung der Note und ihrer Möglichkeiten gehen müssen, gewissermaßen Schritt für Schritt und nach allen Seiten sichernd. Die Atmosphäre für die Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Gesprächs und eine Annäherung der Standpunkte auch in der Abrüstungsfrage ist durch die Ereignisse in Ungarn ohne Zweifel sehr verschlechtert worden, andererseits ist die Notwendigkeit dazu nur gewachsen. Denn die verkehrteste Folgerung, die man aus den jüngsten Erfahrungen ziehen könnte wäre die: Es hat ja doch keinen Sinn, mit den Russen zu reden. Rüsten wir lieber, dass ihnen und uns Hören und Sehen vergeht und warten wir ab, was denn kommt. Dies wäre die endgültige Bankrott-Erklärung jeder Anstrengung, den Frieden retten zu wollen.

Nach zehn Jahren - in zehn Tagen

G. L., United Nations, Mitte November

Koch ist es nicht möglich vorauszusehen, wann die Krise, die in wenigen Stunden über die UNO hereingebrochen ist, überwunden werden und die Welt wieder zu dem in den letzten Jahren "normalen" Ausmass von Spannung zurückkehren wird. Eines steht fest: die Lage im Nahen Osten hat sich so gründlich verändert, dass, wie immer man die Aussichten für die Zukunft und die schon bisher eingetretenen Wirkungen beurteilt, niemand mehr behaupten wird, die Welt könne genau zu dem Punkt zurückkehren, an dem die Krise begann ...

Zum ersten Mal: internationale Polizei

Die wichtigste Veränderung besteht in der Aufstellung einer UNO-Truppe. Ein Ziel, das in zehn Jahren des Bestandes der Vereinten Nationen nicht erreicht werden konnte, wurde in zehn Tagen erreicht. So lange der in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehene Weg zur Gründung einer solchen internationalen Polizei versucht wurde, war er wegen des Sowjet-Vetos im Sicherheitsrat zum Scheitern verurteilt. Die Tatsache, dass es eine ausserordentliche Generalversammlung war, die diesen Beschluss fasste und den Generalsekretär mit der Aufstellung betraute und dass der Generalsekretär klug und energisch genug war, diese Gelegenheit beim Schopf zu fassen, hat das Schwergewicht des Einflusses von Sicherheitsrat weg - und in die Generalversammlung verlagert, in der doch etwas wie Parlamentsdemokratie herrscht. Es ist eine wichtige Veränderung, die in der Zukunft der UNO eine grosse Rolle spielen wird - aber nicht die einzige.

Vielleicht die kennzeichnendste Veränderung der Grundlagen, auf denen die Vereinten Nationen aufgebaut waren, bezieht sich auf die Rolle, die die Veto-Grossmächte bei der Aufstellung der UNO-Truppe spielen. Keine der fünf ist in der internationalen Polizei vertreten. China kam überhaupt nicht in Frage. England und Frankreich waren infolge der Rolle, die sie in Ägypten gespielt hatten, vorweg ausgeschlossen. Und Amerika und Russland konnten an der internationalen Polizei nicht teilnehmen, wenn diese nicht von allem Anfang dem Zweikampf der beiden Weltmächte ausgesetzt sein sollte.

Welch weiter Weg von San Francisco, wo die Charta der Vereinten

Nationen entworfen wurde! Damals herrschte die Vorstellung vor, dass die fünf Grossmächte, mit dem Veto ausgestattet, durch ihre Einstimmigkeit und ihre Einigkeit den Weltfrieden sichern sollen. Aus der erhofften Einigkeit ist eine bittere Groteske geworden. Die Welt ist nach den Erfahrungen der letzten Wochen gegen die Grossmächte noch misstrauischer geworden als bisher.

Ein anderer Sicherheitsrat ?

Da der Sicherheitsrat und die Grossmächte aus der Verfügung über die internationale Polizei ausgeschaltet sind, musste eine Vorsorge für eine neue Oberleitung getroffen werden. Der Generalsekretär ist zweifellos ihr Oberbefehlshaber, aber Hamarskjöld legte Wert darauf, ein Beratungskomitee zur Seite zu haben, das mit ihm die Verantwortungen teilt und als Beauftragter der Generalversammlung fungieren könnte. Dieses Beratungskomitee ist ein neuer Sicherheitsrat - ein Sicherheitsrat mit verringerten und nur auf die internationale Polizei beschränkten Befugnissen, aber zumindest im Augenblick eines der wichtigsten Organe der UNO. Darum ist seine Zusammensetzung nicht nur wichtig, sondern für die jüngste Entwicklung der UNO auch kennzeichnend. Europa und Nordamerika sind durch je ein Mitglied vertreten: Kanada, dessen Aussenminister Lester Pearson in dieser Krise zweifellos eine der wenigen grossen Figuren der Weltpolitik geworden ist, und Norwegen, das wie die anderen skandinavischen - von Sozialisten regierten - Länder zu den wenigen europäischen Ländern gehört, die sich Ansehen und Respekt bewahrt haben. Drei Mitglieder des Beratungskomitees kommen aus Asien: Indien, Ceylon und Pakistan. Zwei sind Südamerikaner. Generalsekretär Hamarskjöld, seiner Nationalität nach ein Schwede, ist Vorsitzender des Komitees.

Es ist in der Tat ein weiter Weg, den die UNO seit ihrem Beginn zurückgelegt hat und eine bedeutsame Entwicklung, die sie in den zwei Wochen seit dem Ausbruch der neuesten Weltkrise durchgemessen hat. Es ist vor allem die Verlagerung des Schwergewichts weg von den Grossmächten und weg von Europa - hin zu Asien und Afrika, die sich beschleunigt hat. Die afrikanischen und asiatischen Länder, die sich erst vor kurzem von der Kolonialherrschaft befreiten und die im Kampf gegen den Kolonialismus das geschichtliche Gebot der Stunde sehen, gewinnen schon infolge ihrer Zahl, aber vor allem durch die Aufmerksamkeit, die die

Welt ihren Problemen und ihren Meinungen geben muss, immer mehr an Bedeutung.

Weg von den Grossmächten - weg von Europa

Das ist auch einer der Gründe, warum die ungarische Frage erst langsam und nach anfänglichen - sehr deutlich merkbarem - Zögern der asiatischen und afrikanischen Länder die internationale Aufmerksamkeit in den Vereinten Nationen fand, die sie von vornherein verdiente. Auch hier war massgebend, was die Entwicklung in Ungarn selbst beeinflusste: die Aufmerksamkeit der Welt war auf Ägypten und den Nahen Osten konzentriert - und nicht zuletzt aus diesem Grund vollzog sich die ungarische Tragödie mit jener furchtbaren Schicksalhaftigkeit. Die Russen wussten, dass die Aufmerksamkeit nicht auf Ungarn konzentriert war und voraussichtlich nur langsam von Ägypten abgelenkt werden konnte. Die erste Abstimmung in der ausserordentlichen Generalversammlung, in der sich so gut wie alle asiatischen und afrikanischen Länder der Stimme enthielten, war für die Europäer eine bittere Enttäuschung - vor allem wegen der Haltung Indiens. Erst der Protest der öffentlichen Meinung in vielen dieser Länder hat manche - durchaus nicht alle - der afro-asiatischen Länder zum Verständnis der Tatsache gebracht, dass Unfreiheit in Europa ebenso wichtig und nicht weniger gefährlich als jede Art kolonialer oder imperialistischer Herrschaft in Asien oder Afrika ist.

+ + +

Die Aufgaben in der Zweiten Industriellen Revolution

sp. Der im Juli 1956 in München stattgefundene Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weckte innerhalb und ausserhalb der Bundesrepublik insbesondere dadurch einen starken Widerhall, dass er sich ausführlich mit der Zweiten Industriellen Revolution, nämlich mit der Atomenergie und der elektronischen Phase der Automatisierung (Automation) beschäftigte. Die vom Parteitag angenommene Entschliessung zum Antrag 100, "Die Zweite Industrielle Revolution", stellte sieben Forderungen auf: Beobachtung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung durch einen zu errichtenden Deutschen Forschungsrat, ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, Begabtenauslese und Begabtenförderung, Förderung des technischen Nachwuchses, Anpassung der Sozial- und Wirtschaftsordnung an die durch die Zweite Industrielle Revolution objektiv gegebenen Bedingungen, politische Bildung des eigenen Volkes zwecks Stärkung der Demokratie und eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Lehre.

Am 7. und 8. Dezember 1956 werden rund 300 sozialdemokratische Parlamentarier aus Bund und Ländern sich im Düsseldorfer Landtagsgebäude versammeln, um die ersten Richtlinien und "Ausführungsbestimmungen" zu der Entschliessung von München zu verabschieden.

+ + +

Der Finanzminister der SPD

Ein Mann der Kasse und Förderer der Kultur

Von Willi Eichler, Mitglied des Parteivorstandes

Am 21. November wird das Vorstandsmitglied der SPD, Alfred Nau, fünfzig Jahre alt. Seiner zu diesem Tag öffentlich und in Freundschaft zu gedenken kann nicht eine "Altersehrung" sein, sondern höchstens eine "Zwischenbilanz." Alfred Nau wird uns diesen kaufmännischen Terminus gewiss nicht übelnehmen - denn Bilanzen mit all ihren Sorgen und gelegentlich auch Freuden! gehören zu seinem Leben und zu seinem Beruf. Kassierer und Finanzminister - die sich nur durch die Höhe des Gehaltes voneinander unterscheiden - sind beinahe beruflich dazu verurteilt, unbequem zu sein, denn niemand zahlt gern und jeder möchte gern möglichst viel für seine besonderen "Anliegen" aus dem gemeinsamen Topf herausfischen. Kein Wunder, dass die Träger dieses Berufs oft ihr Herz panzern müssen. Bei Alfred Nau spürt man aber durch diesen Panzer immer seine warme Menschlichkeit durch.

1906 in Barmen geboren, kam Alfred Nau nach Beendigung seiner Schulzeit in die Lehre als Versicherungskaufmann, in einen Beruf, der ihm materiell mehr Chancen bieten würde als sein heutiger, denn er gäbe sicherlich auch einen ausgezeichneten Generaldirektor ab. Aber dann wäre kaum Anlass, seiner heute besonders zu gedenken. Generaldirektor sein können viele, Vermögensverwalter der SPD nur wenige. Und von denen haben wir in Alfred Nau gewiss einen der Besten erwischt.

Er ist in der Tat ein brillanter Mann seines Faches - die, die zu zahlen haben, werden das ohne weiteres, wenn auch mit einem kassen und einem trockenen Auge, bestätigen. Aber auch - und das ist bedeutsamer - diejenigen, die Geld von ihm haben wollen, werden das ebenso rückhaltlos zugeben. Und das liegt in der Natur Alfred Naus, der eben nicht ein Kassierer ist, der wie der Drache Fafnir die angesammelten Schätze bewacht, sondern der weiss, dass Geld nur dazu gesammelt wird, damit es für vernünftige Zwecke verfügbar ist. Kein Wunder, dass er auf jedem Parteitag seit 1946 einen rückhaltlosen Vertrauensbeweis der Mitgliedschaft erhielt.

Alfred Naus Weg in die Leitung der Sozialdemokratischen Partei

war gradlinig: Aus einer sozialistischen Familie stammend, geht er in die Sozialistische Arbeiterjugend, wird mit 22 Jahren Volontär beim Parteivorstand der SPD in der Berliner Lindenstrasse, persönlicher Mitarbeiter des Hauptkassierers Konrad Ludwig. 1933 gibt er nicht auf - arbeitet illegal, sitzt von 1934 - 36 in Untersuchungshaft und KZ, und wird von der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat wegen "Mangel an Beweisen" freigesprochen, - was für die Güte seiner Arbeit spricht. Nach 1945, aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen, kommt er sofort ins "Büro Schumacher" und ist seitdem der Finanzminister der SPD.

Der dies schreibt, ist nach Meigung und Talent nichts weniger als ein Mann der Finanzen. Aber gerade weil seine selbstgewählte Aufgabe darin besteht, den Sozialismus als die grosse Kulturaufgabe zu sehen und zu verwirklichen, als die er angetreten ist, fühlt er sich gedrängt, öffentlich zu sagen und dafür zu danken, dass Alfred Nau dies genau so sieht. Auch er weiss, dass der Sozialismus viel Organisationsarbeit bedingt, genau so aber auch, dass die kulturelle Aufgabe Geld erfordert: Geld für Bildung, Erziehung, für Schulen und Seminare, für Reisen und Literatur, Stipendien für Arbeiter und Studenten. Und wer Alfred Nau von seinem Wirkungsbereich kennt, der nicht die grosse Bühne der Tagesereignisse ist, der weiss, dass er eine Unterhaltung mit Schülern der Oberklasse eines Gymnasiums über die kulturellen Vorstellungen der SPD nicht weniger wichtig nimmt als eine Tagung mit den Bezirkssekretären der SPD, dass er der durch die Friedrich-Ebert-Stiftung geleiteten demokratischen Volkserziehung mindestens so viel Eifer zuwendet wie der gewissenhaften Aufbringung und Verwaltung der Mitgliedsbeiträge. Wenn Alfred Nau vor Anforderungen der Kulturabteilung der Partei steht, dann zückt er nicht den Revolver, sondern den Geldbeutel - und das nicht resigniert, sondern aus innerer Zustimmung. Kultur und Kasse verstehen einander, weil sie ihre gegenseitige Verpflichtung kennen - die einen sind keine Träumer und der andere ist kein Bürokrat.

Kassierer teilen das Schicksal der "Mimen", denen die "Nachwelt keine Kränze flecht". So wollen wir unseren Kassierer wenigstens in seiner Mitwelt einen Kranz flechten, von besten und freundschaftlichsten Glückwünschen, und hoffen, dass bis zu seiner Schlussbilanz noch eine Reihe von Jahrzehnten vergehen mögen.

Ein gefährliches Wort

sp. Das brutale Vorgehen der Sowjets in Ungarn habe den ganzen Gerede der friedlichen Koexistenz ein Ende bereitet. So der Bundeskanzler am Wochenende vor der Unions-Presse in Godesberg. Mit der Kennzeichnung der russischen Intervention in Ungarn als brutal wird der Kanzler nicht, schon gar nicht in der deutschen Öffentlichkeit, auf Widerspruch stossen, um so mehr aber bei der Folgerung, die er daraus abgeleitet haben will. Sie ist mehr als gefährlich, und besonders für Deutschland als dem nach seinen eigenen Worten gefährdetsten Land in Europa.

Was beinhaltet sie in ihrem Kern? Wenn die Koexistenz, das Neben- und Miteinanderleben von Staaten nicht friedlich sein kann, dann muss sie von ständiger Spannung mit der möglichen Zuspitzung zum kriegerischen Konflikt hin getragen sein. Will das der Kanzler? Wenn man seine letzte Regierungserklärung beim Wort nimmt, sicherlich nicht, denn sie ging von der durchaus richtigen Erkenntnis aus, dass die Bundesrepublik niemals in ihren Bemühungen erlahmen werde, die Mitwirkung der Sowjetunion für eine friedliche Lösung der deutschen Frage zu suchen. Dies aber setzt den Geist der friedlichen Koexistenz voraus, das heisst, die Schaffung einer Atmosphäre und von Bedingungen, die der vierten Besatzungsmacht ihre Einwilligung zur Einheit Deutschlands nicht als tödliches Risiko erscheinen lässt. Diesen einfachen Zusammenhang scheint wohl der Bundeskanzler Adenauer, aber nicht mehr der Vorsitzende der vorläufig noch grössten Regierungspartei, Adenauer, zu erkennen.

Die Worte des CDU-Chefs sind nur zu gut geeignet, den törichten Gerede Chruschtschows von einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus neue Nahrung zu geben, wie es auf dem Moskauer Bankett zu Ehren Gornalkas geschah. Die Erinnerung an das beiden Völkern von einem anderen Deutschland zugefügte Leid bindet heute trotz aller Differenzen über das Ausmass der Entstalinisierung Polen und Russen zusammen. Solche Äusserungen, wie sie in Godesberg gefallen sind, sind Wasser auf die Mühlen der Stalinisten, sie lassen in Moskau das Schreckensbild einer Bundesrepublik erstehen, die im Verband mit anderen europäischen Ländern den Graben zwischen West und Ost noch vertieft und erweitert, statt Brücken darüber zu schlagen. Das Gespräch zwischen West und Ost ist ohnedies durch die tragischen letzten drei Wochen stark belastet; will es der CDU-Vorsitzende für die Zukunft überhaupt verhindern?

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler